



LANDTAGSPOST

HELMUT DAMMANN-TAMKE

KAI SEEFRIED

Mitglieder der CDU-Landtagsfraktion

Ausgabe September 2020

EDITORIAL



Liebe Leserinnen und Leser,

der Sommer 2020 verabschiedet sich in diesen Tagen nochmal mit hohen Temperaturen und viel Sonnenschein. Die sogenannte politische Sommerpause und auch die erste Plenarwoche nach den Ferien liegt schon wieder hinter uns.

Auch wenn derzeit eigentlich noch kein Raum für Wahlkampf ist, sondern es nach wie vor vor allem um die Bewältigung der aktuellen Krise geht, wirft die Kommunalwahl im Herbst nächsten Jahres ihre Schatten bereits voraus.

In diesem Zusammenhang möchte ich mich bei allen bedanken, die mir in den vergangenen Tagen in beeindruckender Weise bereits ihre Unterstützung für meine Kandidatur zum Landrat im Landkreis Stade zugesagt haben. Hierzu auch mehr in unserer heutigen Landtagspost.

Viel Freude bei der Lektüre.

Kai Seefried

CDU kümmert sich um volle Schulbusse

Landkreis Stade. Nicht nur im Landkreis Stade berichten Eltern und Schülerinnen und Schüler über überfüllte Schulbusse. Gerade im Hinblick auf die umfangreichen Corona-Schutzmaßnahmen löst diese Situation Verärgerung und Kopfschütteln aus. Eltern sind besorgt und diese Sorgen nehmen wir ernst. Die CDU im Landkreis Stade möchte deshalb jetzt genau wissen, wo die Probleme liegen. „In den nächsten Tagen werden sich Mitglieder aus den Gemeinde- und Stadträten sowie aus dem Stader Kreistag vor Ort an den Schulen und den Bushaltestellen ein eigenes Bild über die Situation machen. Wir wollen diese Situationen dann gemeinsam mit der Kreisverwaltung und der KVG erörtern, um Lösungsmöglichkeiten zu finden“, so der CDU-Kreisvorsitzende Kai Seefried. Darüber hinaus bietet die CDU Eltern, aber auch direkt Schülerinnen und Schülern, die Möglichkeit telefonisch unter 04141-51860 oder per Mail unter info@cdu-stade.de ihre Hinweise weiterzugeben.



CDU
CDU-Kreisverband Stade

Wir wollen es wissen!
Wie ist die Situation
im Landkreis Stade?

#wirwolleneswissen

CDU-Kreisvorstand: Kai Seefried soll Landrat werden

Landkreis Stade. Nach der Ankündigung des CDU-Landtagsabgeordneten und Generalsekretärs der CDU in Niedersachsen für die Landratswahl im Herbst 2021 zur Verfügung zu stehen, folgte jetzt auch der offizielle Beschluss des CDU-Kreisvorstandes. „Wir haben mit großer Freude die Bereitschaft von Kai Seefried für die Kandidatur zum Landrat aufgenommen. Er ist aus unserer Sicht nicht nur irgendein Kandidat für dieses wichtige Amt, sondern definitiv der beste Kandidat, den wir den Bürgerinnen und Bürgern im Landkreis Stade anbieten können“, betont der Ehrenvorsitzende des CDU-Kreisverbandes Hermann Krusemark, der in der Kreisvorstandssitzung auch noch einmal offiziell den Wahlvorschlag eingebracht hat.

„Wir sind diesem Vorschlag nur allzu gerne gefolgt und sind sehr dankbar, dass Kai sich trotz seiner Funktion des Generalsekretärs für den Landkreis Stade entschieden hat“, ergänzt die stellvertretende Kreisvorsitzende Silja Köpcke. Der Beschluss Kai Seefried als Kandidaten offiziell ins Rennen zu schicken, erfolgte dann auch einstimmig durch den Kreisvorstand.

„Wir freuen uns wirklich sehr, gemeinsam mit Kai Seefried in den Wahlkampf zu gehen und um das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger zu werben. Mit seiner fast 20-jährigen Erfahrung in der Kommunalpolitik weiß Kai Seefried genau um die wichtigen Themen für unsere Region. Er weiß, wo der Schuh drückt, aber eben auch wo die Zukunftsperspektiven liegen. Mit seiner Erfahrung in der Landespolitik und der Führungserfahrung als Generalsekretär verfügt er über ein gutes Wissen über die öffentliche und kommunale Verwaltung und eben auch über Führungserfahrung“, so der Vorsitzende der CDU-Kreistagsfraktion und Landtagsabgeordnete Helmut Dammann-Tamke.



Kai Seefried bedankte sich in der Kreisvorstandssitzung für das große Vertrauen und die starke Unterstützung, die er bereits seit seiner Ankündigung der Kandidatur erfahren durfte. „Für mich ist das eine große Motivation und ein deutliches Zeichen dafür, dass durch meine Arbeit in den letzten Jahren deutlich geworden ist, dass mein Antrieb und mein Motor unsere Region ist. Mir geht es darum für die Bürgerinnen und Bürger da zu sein und gemeinsam mit den verschiedenen Akteuren Themen und Zukunftsperspektiven zu entwickeln und unsere Region voran zu bringen“, so Kai Seefried. Er betont dabei, dass er dabei auch in den vergangenen Jahren immer Wert darauf gelegt hat, für alle Bürgerinnen und Bürger gleichermaßen da zu sein. Parteipolitik spiele dabei keine Rolle, sondern die Menschen und Bürgernähe stehen im Mittelpunkt.

Daher steht auch das Motto des Wahlkampfes schon fest. „Mit „Mein Herz für den Landkreis Stade“ möchte ich meinen eigenen Antrieb betonen, ich glaube aber, dass viele Menschen in unserem Landkreis sich selbst damit ebenso identifizieren können und wir das Image unseres Kreises weiter positiv nach außen tragen“, begründet Kai Seefried.

Im nächsten Schritt wird Kai Seefried auf dem Landesparteitag der CDU in Niedersachsen am 7. November seine Funktion als Generalsekretär abgeben. „Ich möchte damit ein klares Bekenntnis abgeben, dass ich es sehr ernst meine und nächster Landrat im Landkreis Stade werden möchte“, so Seefried. Eine Woche später am Samstag, den 14. November plant die CDU im Landkreis Stade dann einen Kreisparteitag, um die offizielle Nominierung Seefried zum Kandidaten durchzuführen. Der Landesvorsitzende der CDU in Niedersachsen und stellvertretende Ministerpräsident Dr. Bernd Althusmann hat hier bereits seine Teilnahme zugesagt.

Bäumer und Dammann-Tamke: Niedersächsischer Weg ist einzigartig in Deutschland und ein großer Schritt für Naturschutz und Landwirtschaft

Hannover. „Heute ist ein historischer Tag. CDU und SPD haben heute einen Gesetzentwurf in den Landtag eingebracht, der den Naturschutz in Niedersachsen deutlich verbessern wird. Und ich werde Ihnen drei Gründe nennen, warum der heutige Tag mit der Einbringung des Gesetzes historisch halte“, erklärte Martin Bäumer, stellvertretender Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion.



„In der öffentlichen Wahrnehmung entsteht manchmal das Gefühl, als könnte nur eine Partei den Naturschutz hinbekommen. Tatsache ist aber, CDU und SPD sind mit diesem Gesetz weiter gekommen als es die Grünen jemals waren. Dabei hatten die in Niedersachsen schon einmal einen Umweltminister“, so Bäumer.

Ein weiterer Grund sei, dass die die Vorarbeiten für dieses Gesetz im Konsens zwischen Landesregierung, Landwirtschaft und Naturschutz entstanden sein. „Aus den unterschiedlichen Positionen hat die Landesregierung unter Beteiligung der Betroffenen Vorschläge entwickelt, die den Naturschutz in Niedersachsen voranbringen, ohne die Landwirtschaft zu zerstören“, so der Umweltperte.

„Und der dritte Grund ist: Etwas wie den Niedersächsischen Weg gibt es nirgendwo anders in Deutschland. Unser Niedersächsischer Weg ist in der Form, wie er entstanden ist, einmalig. Wenn das nicht historisch ist“, so Bäumer.

Helmut Dammann-Tamke, ebenfalls stellvertretender Fraktionsvorsitzender, ergänzt: „Das einzigartige am Niedersächsischen Weg war, ist und wird es zukünftig hoffentlich wieder sein, dass die Naturschutzseite und die Landwirtschaft sich gemeinsam in Form eines durch die Landesregierung moderierten Prozesses auf den Weg gemacht haben. Grundlage für alles sollte Vertrauen sein.“



Dieses Vertrauen sei im Mai 2020 auf eine harte Probe gestellt worden, als parallel zur Konstituierung des Lenkungsausschusses der NABU medienwirksam in Hannover die Unterschriftensammlung zum Volksbegehren startete. „Gleichzeitig wurde ein enormer Zeitdruck aufgebaut, mit der Forderung, die entsprechenden Gesetzentwürfe bis spätestens November 2020 zu verabschieden. Wir haben im Rahmen der Aktuellen Stunde im Juni-Plenum dieses Ausschusses des NABU's ausreichend gewürdigt“, so Dammann-Tamke.

Ausdrücklich lobte der Agrarpolitiker die Rolle des zweiten großen Umweltverbandes BUND, dem es zu verdanken sei, dass zumindest in Teilen weiterhin im gegenseitigen Vertrauen in den drei eingesetzten Arbeitsgruppen verhandelt wurde.

Lechner: Koalition verstärkt Kampf gegen Extremisten – Verfassungsschutzgesetz wird novelliert



Hannover. Es ist eines der zentralen Vorhaben der Regierungskoalition: Mit der Novellierung des Niedersächsischen Verfassungsschutzgesetzes soll der Nachrichtendienst des Landes erweiterte Befugnisse im Kampf gegen Extremisten erhalten und durch die Entbürokratisierung im Tagesgeschäft deutlich schlagkräftiger aufgestellt werden. „Der Verfassungsschutz ist das Frühwarnsystem unserer Demokratie“, sagt Sebastian Lechner, innenpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion. „Seine Stärkung ist angesichts der unverändert hohen Gefährdungslage und der steigenden Gewaltbereitschaft politischer Extremisten dringend erforderlich.“

So sieht der in erster Lesung beratene Gesetzentwurf der Landesregierung unter anderem vor, den Einsatz von Vertrauenspersonen zu erleichtern und den Auskunftsanspruch anzupassen. Damit passt Niedersachsen wie bereits andere Bundesländer und der Bund seine Verfassungsschutzgesetzgebung an die veränderte Sicherheitslage an. Der Einsatz von V-Leuten ist eines der wichtigsten nachrichtendienstlichen Mittel, insbesondere zur Bekämpfung des Rechtsextremismus. Sein erleichterter Einsatz ist daher erforderlich, um einfacher als bisher an relevante Informationen aus dem Milieu zu gelangen“, so der CDU-Innenexperte.

Für Lechner ist die Entbürokratisierung der Arbeit des Verfassungsschutzes darüber hinaus von besonderer Bedeutung: „Kurze Prüffristen und die vielen Auskunftsanfragen haben seit der letzten Novellierung dazu geführt, dass sich der Verfassungsschutz oft mit sich selbst beschäftigt.“ Mit der im Änderungsgesetz vorgesehenen Fristverlängerung würden die personellen Ressourcen freigesetzt, die „wir vor allem bei der Beobachtung des wachsenden politischen Extremismus dringend benötigen“, so Lechner.

Meyer: Müssen sexuellen Missbrauch von Kindern und Jugendlichen noch konsequenter und effektiver bekämpfen

Hannover. „Vor dem Hintergrund der erschütternden Missbrauchsfälle von Lügde, Bergisch Gladbach und Münster ist es notwendig, dass der sexuelle Missbrauch von Kindern und Jugendlichen noch konsequenter und effektiver bekämpft wird“, erklärt Volker Meyer, sozialpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion in der Plenarsitzung.

Daher habe Justizministerin Barbara Havliza in den vergangenen Wochen wiederholt die Anhebung der Mindeststrafe des § 176 Abs. 1 StGB gefordert. Damit würde der sexuelle Missbrauch von Kindern künftig mit einer Mindestfreiheitsstrafe von einem Jahr belegt. „Denn sexueller Kindesmissbrauch ist ein Verbrechen, kein Vergehen“, so Meyer.

Der Bund hat dazu jetzt einen Gesetzentwurf vorgelegt. „Neben der Einführung des Begriffs „Sexualisierte Gewalt gegen Kinder“, der das Unrecht der Täter klar beschreibt, wird der Grundtatbestand der sexualisierten Gewalt gegen Kinder künftig ein Verbrechen sein, mit einem Strafrahmen von einem Jahr bis zu 15 Jahren Freiheitsstrafe“, so der Sozialpolitiker. Weitere Strafverschärfungen sein für die Verbreitung, den Besitz und die Besitzverschaffung von Kinderpornografie, das gewerbs- und bandenmäßige Verbreiten von Materialien und für Taten mit oder vor Dritten vorgesehen.



„Eine hohe Strafe und eine unvermeidbare Gerichtsverhandlung können ihre abschreckende Wirkung jedoch nur unter einer Voraussetzung entfalten: nämlich dann, wenn der Täter ernsthaft damit rechnen muss erwischt zu werden“, ist Meyer überzeugt. Daher bedürfe es umfassender Ermittlungsbefugnisse der Strafverfolgungsbehörden. Dies gelte in besonderem Maße für die Verfolgung von Kinderpornografie im Internet und Darknet.

Ein besserer Schutz von Kindern lässt sich aber durch einen klugen Mix aus schärfere Strafen, einer noch effektiveren Strafverfolgung, Prävention und Qualifizierung der Justiz erreichen.

„Zu diesem klugen Mix gehört auch die Anzeigepflicht eines geplanten sexuellen Missbrauchs von Kindern – eine Forderung unseres jetzt beschlossenen Antrages“, so Meyer.

Dammann-Tamke: Sind in der Prävention gegen Afrikanische Schweinepest gut vorbereitet – Preisverfall gefährdet Erzeuger

Hannover. „Der erste Fall von Afrikanischer Schweinepest in Deutschland fordert noch mehr Wachsamkeit von uns. Wir haben uns gut vorbereitet, sind seit Jahren für das Thema sensibilisiert und in der Prävention gut aufgestellt“, so Helmut Dammann-Tamke, stellvertretender Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion. Mit Sorge blickt der Agrarexperte aber auf die die Märkte: „Der deutsche Verbraucher verzehrt nur ca. 65 % des geschlachteten

Schweins. Die sogenannten Schlachtnebenprodukte wie Ohren, Pfoten, Schwänze und Knorpel finden im deutschen und europäischen Markt keinen Absatz. Deshalb werden wir weiter Schweinefleischprodukte exportieren müssen.“



„Große Sorgen bereitet uns auch der drohende Preisverfall für Schweinefleisch. Besonders betroffen sind die Betriebe der Ferkelerzeuger. Sie sind das schwächste Glied in der Wertschöpfungskette und ihnen steht ein brutaler Strukturwandel bevor“, so Dammann-Tamke.

Neben den neuen Herausforderungen zur Umsetzung der Nutztierhaltungs-Verordnung sei zu befürchten, dass sie der Mut weiter zu investieren verlassen wird. „Damit würde sich die Ferkelerzeugung ins Ausland verlagern. Dem Tierwohl würde damit ein Bärendienst erwiesen“, so der Agrarpolitiker.

Bäumer: Bestmöglich geeignetes Endlager auswählen – Konstruktiv-kritische Begleitung des Verfahrens im Interesse Niedersachsens

Hannover. Der Landtag hat sich in seiner Sitzung dem Thema Endlagerstandort gewidmet. Es stelle sich die Frage, wie hochradioaktiver Müll für eine sehr lange Zeit sicher gelagert werden kann. Am 28. September 2020 wird die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) einen Zwischenbericht veröffentlichen, der die Suche nach einem Standort einschränken wird. „In Frage kommen Gebiete, wo die geologischen Mindestanforderungen nach den bislang bekannten Daten und Fakten gegeben sind. Also ein mindestens 300 Meter starkes Deckgebirge, unter dem sich eine mindestens 100 Meter mächtige Schicht aus Ton, Salz oder Granit befindet“, so der stellvertretende Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion Martin Bäumer.

Nach Veröffentlichung des Berichts werde ein umfangreiches Verfahren starten, in dem der Zwischenbericht auf Teilkonferenzen diskutiert wird. „Unserer Fraktion ist wichtig, dass dieses Verfahren nach der Suche eines bestmöglich geeigneten Endlagers so geführt wird, wie es im Standortauswahlgesetz vorgesehen ist. Also partizipativ, wissenschaftsbasiert, transparent, selbsthinterfragend, lernend und reversibel. Jeder geeignete Standort muss unter die Lupe genommen“, so Bäumer

Der eingebrachte Antrag der Fraktionen von SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP beinhaltet Forderungen an die Landesregierung für dieses Verfahren. „Es soll darauf geachtet werden, dass die festgelegten Regularien strikt eingehalten werden, dass die Verfahrensschritte nachvollziehbar sind und dass eine konstruktiv-kritische Begleitung des Verfahrens im Interesse der Einwohner Niedersachsens vorhanden ist“, so Bäumer.

Auch soll für die Diskussion in den Teilgebietskonferenzen ausreichend Zeit eingeplant werden und ein Corona-Regime mit einbezogen werden. Für die Bezahlung von Sachverständigen und für weitere öffentliche Veranstaltungen sollen die entsprechenden Haushaltsmittel bereitgestellt werden. „Bezüglich der Haushaltsmittel sind sich die Umweltschutzbündnisse von SPD und CDU während der Haushaltsberatungen einig geworden, hierfür einen nennenswerten Betrag für das Jahr 2021 einzustellen. Bei der weiteren Forschung im Zusammenhang mit der Endlagerung dieser Abfälle soll der Bund unterstützen, damit auf einem stets hohen und aktuellen Niveau eingelagert werden kann. Dieses Land ist schon einmal bei der Suche nach einem Endlager gescheitert und das darf sich nicht wiederholen“, so Bäumer weiter.

„Wir, die die Vorteile des Atomstroms gerne genossen haben, müssen auch für die sichere Lagerung des hochradioaktiven Mülls in unserem Land sorgen und nicht im Ausland oder auf dem Mond. Das sind keine ernsthaften Optionen. Jeden Tag, den das Endlager später kommt, steht der Atom Müll länger in einem Zwischenlager, das niemals an die Sicherheit eines Atomendlagers herankommen wird“, so Bäumer abschließend.



TERMINE KAI SEEFRIED

19. September

Niedersachsentag der Jungen Union in Hildesheim

21. September 18.00 Uhr

Vorstellung der Bundestagskandidaten in der Kutenholzer Festhalle

23. September 10.30 Uhr

Gespräch der CDU-Landtagsfraktion zur „Zukunft des Tourismus in Niedersachsen – Herausforderungen und Chancen“

24. September 19.00 Uhr

Nominierungsveranstaltung WK 30 für die Bundestagswahl 2021 in Stade

25. September 10.30 Uhr

Sitzung Kultusausschuss in Hannover

3. Oktober 11.15 Uhr

Bezirkstag der Jungen Union in Bremervörde

5. Oktober 17.00 Uhr

Festakt „30 Jahre Deutsche Einheit“ im Niedersächsischen Landtag

TERMINE HELMUT DAMMANN-TAMKE

22. September 10.30 Uhr

Ausschusssitzung Häfen u. Schifffahrt

22. September

Auswärtige Fraktionssitzung in Helmstedt

23. September 14.00Uhr

Agrarausschuss in Hannover

24. September 15.00 Uhr

Stammtisch Senioren Union Buxtehude

24. September 19.00 Uhr

Nominierungsveranstaltung WK 30 für die Bundestagswahl 2021 in Stade

Die hier dargestellten Termine sind nur eine kleine Auswahl der Termine der beiden Landtagsabgeordneten.

Dammann-Tamke: Verbot der Kükentötung wichtiges Signal für den Tierschutz – Lösung für Geschlechterfrüherkennung muss kommen

Hannover. „Wir begrüßen die Gesetzesinitiative seitens des Bundeslandwirtschaftsministeriums. Damit besteht Klarheit, dass die gängige Praxis, männliche Eintagsküken zu töten, in Deutschland endgültig Ende des kommenden Jahres ausläuft. Das ist ein wichtiges Signal für den Tierschutz“, erklärt der stellvertretende Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion Helmut Dammann-Tamke.

Die Herausforderung für die niedersächsische Geflügelwirtschaft bestehe jetzt darin, in der ebenfalls im Gesetz verankerten zweijährigen Übergangsfrist zur Geschlechterfrüherkennung ein Verfahren zu entwickeln, dass bis zum maximal sechsten Tag der Brutperiode eingesetzt werden darf.

„Nach dieser Übergangsfrist wird es spannend“, so Dammann-Tamke. „Entweder es gibt zukunftsweisende Verfahren für die heimischen Brütereien oder die Küken für den Legehennennachwuchs werden aus den europäischen Nachbarländern importiert.“

Dammann-Tamke sieht in der sogenannten „Bruderhahn-Haltung“ bestenfalls eine kleine Nische. Er fordert hier auch die Ehrlichkeit des Lebensmitteleinzelhandels ein. Es sei abwegig zu glauben, dass es für die Brüder der ca. 42 Millionen Legehennen in Deutschland einen Markt gäbe.

„Die Hähne erfüllen nicht annähernd die Qualitätsansprüche der Geflügelfleischnachfrage, noch sind sie im Sinne der Ressourceneffizienz zu rechtfertigen.“

IMPRESSUM

Herausgeber:

Kai Seefried MdL
Helmut Dammann-Tamke MdL

Anschrift:

Wahlkreisbüro Stade
Poststr. 34
21682 Stade

Kontakt:

E-Mail: mail@kai-seefried.de
E-Mail: wahlkreisbuero@dammann-tamke.de
Telefon: 04141/ 7976488 oder 7976489

Möchten Sie die „Landtagspost“ per Email beziehen oder uns weiterempfehlen? Wir sind gerne für Sie erreichbar!

Weitere Infos:

www.kai-seefried.de oder www.dammann-tamke.de